

# Dr. Stefan Kaufmann MdB

Brief aus Berlin | November 2017 | 27.11.2017



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche fanden die ersten regulären Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages nach der Wahl im September statt. Sie alle haben mitbekommen, wie mühsam sich der Prozess der Regierungsbildung nach dem für uns unerfreulichen Wahlergebnis darstellt. Wie nicht wenige andere hatte ich gehofft, dass nach der Niedersachsenwahl die Sondierungsgespräche für eine Jamaika-Koalition zu einem guten Ergebnis kommen. Ich selbst habe Jamaika durchaus als Chance gesehen – gerade in den von mir mitverantworteten Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Digitalisierung. Leider hat jedoch die FDP den Verhandlungstisch im wahrsten Sinne fünf Minuten vor Zwölf verlassen und sich aus der Sondierung verabschiedet. Über die Umstände möchte ich nicht weiter spekulieren. Klar war jedoch von Anfang an, dass die FDP nur widerwillig in die Regierungsverantwortung gehen wollte. Nach einer weiteren Woche der Ungewissheit steht nunmehr fest, dass die SPD nach anfänglicher Ablehnung nun doch ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht wird und in Koalitionsgesprächen mit der Union eintritt. Wie lange sich diese Gespräche hinziehen werden ist derzeit noch offen. Eine Regierungsbildung wird jedoch sicherlich nicht mehr in diesem Jahr erfolgen. Bei allen Bedenken gegen eine Fortsetzung der Großen Koalition ist gewiss, dass niemand Interesse an einer Neuwahl haben kann. Die ersten beiden Sitzungstage waren insofern sehr lehrreich. Das Klima im Plenarsaal hat sich seit Anwesenheit der AfD schlagartig zum Negativen verändert. Eine Atmosphäre der Häme und der fehlenden Ernsthaftigkeit führt deutlich vor Augen, dass die extremen Parteien auf der einen wie auf der anderen Seite nicht noch stärker werden dürfen. Genau diese Gefahr bestünde aber bei einer Neuwahl. Deshalb muss alles vermieden werden, was eine solche Neuwahl befördern würde. Nun ist es an den beiden Volksparteien, eine neue stabile Regierung zu bilden. Ich will meinen Teil dazu beitragen und freue mich, auch weiterhin im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft arbeiten zu dürfen.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich



## Erste Rede in der 19. Wahlperiode zum Kooperationsverbot

**Berlin** – In meiner ersten Bundestagsrede in der 19. Wahlperiode habe ich vergangene Woche deutlich gemacht, dass eine verantwortungsbewusste Bildungspolitik nicht durch eine Grundgesetzänderung ersetzbar ist. Wenn es nach dem Willen der Fraktion Die Linke geht, soll es eine erneute Grundgesetzänderung geben, damit der Bund künftig mehr finanzielle Mittel für Bildungsaufgaben zur Verfügung stellt. Im Rahmen der Föderalismusreform im Jahr 2006 wurde eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern vereinbart. Die Antragsteller fordern nun, dieses sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufzuheben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung in Artikel 91b des Grundgesetzes zu verankern.

In meiner Rede habe ich mich für die Union klar zum Bildungsföderalismus bekannt. Aus meiner Sicht sollte die Bildungshoheit der Länder nicht infrage gestellt werden, zumal es ein Verbot der Kooperation zwischen Bund und Ländern faktisch nicht gibt, wie eine Vielzahl gemeinsamer Projekte im Schul- und Hochschulbereich belegt (beispielsweise beteiligt sich der Bund mit 20,2 Mrd. Euro am Hochschulpakt und unterstützt mit 3,5 Mrd. Euro finanzschwache Kommunen bei der Schulsanierung). Ich habe mich allerdings dafür ausgesprochen, durch einheitliche Standards in ganz Deutschland Bildungsabschlüsse

vergleichbar zu machen, damit Schulwechsel zwischen zwei Bundesländern endlich erleichtert werden. Das erwarten die Eltern und die Schülerinnen und Schüler zu recht von uns und das müssen und werden wir gemeinsam mit den Ländern angehen.

Die Behauptung der Linken, dass die Länder nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen würden, um beispielsweise den Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beseitigen, trifft nicht zu. Zwar konnte der Bund im letzten Jahr fünf Milliarden Euro an Haushaltsüberschüssen erzielen, aber auch die Länder stehen glänzend da. Sie konnten sich zeitgleich über Mehreinnahmen in Höhe von neun Milliarden Euro freuen. Selbst die Kommunen erzielten im vergangenen Jahr 5,4 Milliarden Euro an Haushaltsüberschüssen. Es mangelt also nicht an finanziellen Mitteln in den Ländern, sondern teilweise an einer verantwortungsvollen Bildungspolitik der jeweiligen Landesregierungen. Eine Grundgesetzänderung würde hieran nichts ändern können, zumal die hierfür erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat auch gar nicht zustande käme. Erst kürzlich erteilte Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann einer solchen Änderung eine klare Absage. Festzuhalten bleibt daher: Kooperation ist in unserem Bildungsföderalismus bereits heute gelebte Wirklichkeit und bedarf keiner erneuten Grundgesetzänderung.

## Bundestag nimmt Arbeit auf

**Berlin** – Auch wenn die Regierungsbildung momentan leider ins Stocken geraten ist – der Bundestag hat seine Arbeit aufgenommen. Am Dienstag wurden u.a. drei Ausschüsse eingesetzt: Der Geschäftsordnungs-, der Petitions- und der Hauptausschuss. Im Hauptausschuss werden bis zur Bildung einer Bundesregierung und der

Ausschüsse alle Themen und Anträge parlamentarisch behandelt. Dem Hauptausschuss gehören insgesamt je 47 ordentliche und stellvertretende Mitglieder an, davon jeweils 17 aus der CDU/CSU-Fraktion. Ich freue mich, als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss berufen worden zu sein.



## Herzliche Einladung

Mein fünftes „Hohenheimer Schlossgespräch zur Forschungs- und Innovationspolitik“ steht vor der Tür. Diesmal ist der scheidende Präsident der Alexander von Humboldt Stiftung, Prof. Dr. Helmut Schwarz, mein Gast. Am Mittwoch, den 29. November 2017 um 19.00 Uhr im Balkonsaal des Schlosses Hohenheim, 70599 Stuttgart sprechen wir über "Öffentlich alimentierte Grundlagenforschung, individuelle Förderung von Exzellenz: warum und wozu überhaupt?"

Im Januar 2008 hat Prof. Dr. Helmut Schwarz als einer der international führenden Forscher auf dem Gebiet der Molekularchemie das Amt des Präsidenten der Humboldt-Stiftung übernommen. In seiner zum 31.12. endenden Amtszeit hat Prof. Schwarz die Stiftung maßgeblich geprägt und zu einer weltweit führenden Einrichtung zur Förderung von Spitzenforschern gemacht. Die Stiftung pflegt ein Netzwerk von weltweit 28.000 Humboldtianern aller Fachgebiete in rund 140 Ländern.

Ich freue mich auf Ihr Kommen und einen anregenden Austausch!

*Für eine kurze Rückmeldung wäre ich dankbar.*

Unter: [stefan.kaufmann.ma02@bundestag.de](mailto:stefan.kaufmann.ma02@bundestag.de)



50 Studierende aus aller Welt  
zu Gast im Bundestag

**Berlin** – Noch vor der ersten regulären Sitzungswochen war auf meine Einladung hin das Institute for Cultural Diplomacy (ICD) im Bundestag zu Gast. Gerne habe ich zusammen mit Kollege Tankred Schipanski über Scienc Diplomacy als Teil der Cultural Diplomacy gesprochen und den 50 Studierenden aus aller Welt die Außenwissenschaftspolitik der Bundesregierung und die Internationalisierungsstrategie des Bundesministerium für Bildung und Forschung näher gebracht.

## Gemeinsamer Appell nach den ergebnislosen Jamaika-Sondierungen

**Berlin** – „Wählerauftrag heißt, Verantwortung für unser Land in Europa und in der Welt wahrzunehmen. Dazu brauchen wir eben Mehrheiten und auch eine handlungsfähige Regierung.“ Mit diesem Statement hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Anknüpfung an die mahnenden Worte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier deutlich gemacht, worauf es in den kommenden Wochen ankommt: Wir Politiker müssen unser Mandat ernstnehmen.

Die Bundestagswahl hat ein Ergebnis hervorgebracht, das große Hürden vor eine Regierungsbildung stellt. Jamaika wäre für die Beteiligten eine Chance gewesen, um für stabile Verhältnisse zu sorgen und für die SPD, damit sie sich als stärkste Oppositionskraft neu aufstellen kann. Wir müssen aber akzeptieren, dass diese Variante an inhaltlichen Unterschieden sowie an fehlendem Vertrauen gescheitert ist.

Das Grundgesetz macht deutlich, dass wir dadurch nicht von der Pflicht entbunden sind, Lösungen für die großen Themen zu finden, die unsere Gesellschaft bewegen. Wir müssen die möglichen Varianten nun offen und ernsthaft diskutieren. Dabei wird oft vom Wählerauftrag gesprochen. Wir glauben, dass gerade die Parteien, die schon einmal im Bund regiert haben, von ihren jeweiligen Wählern den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen haben.

### 1. Neuwahlen

Neuwahlen nach der Auflösung des Bundestages gem. Artikel 63 Absatz 4 unseres Grundgesetzes sind das letzte Mittel, von dem der Bundespräsident Gebrauch machen kann. Erst, wenn zwei Wahlgänge zum Bundeskanzler gescheitert sind und in einem dritten ein Kandidat nur die relative Stimmenmehrheit auf sich vereint, steht es in seinem Ermessen, den Bundestag aufzulösen. Auch wenn es für alle Parteien ein gewisses Eingeständnis des Scheiterns wäre, fürchten wir keine Neuwahlen, denn die Union hat sich in den letzten Wochen geschlossen und konstruktiv gezeigt. Allerdings verbieten sich taktische Erwägungen aus Respekt vor den Wählerinnen und Wählern. Das Volk hat der Politik eine Aufgabe gestellt – diese Aufgabe kann man nicht unerledigt zurückgeben.

### 2. Minderheitsregierung

Im Raum steht immer wieder eine Minderheitsregierung unter Führung der Union mit oder ohne Koalitionspartner. Deutschland ist aber schwerlich mit den Ländern vergleichbar, in denen diese Konstellation Tradition hat. Oftmals tolerieren sich dort Parteien aus dem gleichen Lager, außerdem handelt es sich um Länder mit weniger komplexen föderalen Strukturen. Die Opposition würde die Regierung wie an einem Ring durch die politische Manege ziehen. Jede Zustimmung müsste teuer erkaufte werden. Gerade in Zeiten, in denen Frankreich Reformprozesse in der EU angestoßen hat, muss unser Land handlungsfähiger

Taktgeber sein. Über die Lage bei unvorhersehbaren Situationen, wie während der Wirtschafts- und Währungskrise, ganz zu schweigen. So würde eine Situation entstehen, in der wir nicht nur innenpolitisch gelähmt, sondern auch in der Handlungsfähigkeit gegenüber anderen Staaten eingeschränkt wären. Überschattet würde das politische Geschehen davon, dass jede Partei ständig nach Exit-Strategien sucht, um Wahlen zu einem für sie günstigen Zeitpunkt zu provozieren. Zuverlässigkeit sieht anders aus.

### 3. Jamaika 2.0

Je nach Sichtweise sind die Jamaika-Sondierungen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen aus fehlendem Vertrauen oder aus programmatischen Unterschieden gescheitert. Der Respekt vor dem Wählervotum verlangt einen neuen Vorstoß, über die Möglichkeiten einer Jamaika-Koalition zu sprechen. Wir sehen aber die Schwierigkeiten aufgrund der erneuten Absagen.

### 4. Große Koalition

Die drei Großen Koalitionen in der Geschichte Deutschlands haben unbestritten Gutes für unser Land bewirkt. Insofern wäre es konsequent und spräche für die Verlässlichkeit unseres politischen Systems, wenn wir diese Regierung erneut bilden. Die Kritiker eines solchen Modells warnen vor österreichischen Verhältnissen, wo über Jahrzehnte die beiden großen Parteien im Verbund regierten. Letztlich muss diese Sichtweise gegen die Alternative von Neuwahlen abgewogen werden.

Inhaltlich müsste eine Neuauflage der bisherigen Regierung von Lösungen für die großen Themen Migration, Mobilität und Klimaschutz, Digitalisierung, Soziales mit Rente und Pflege sowie der Zukunft der EU geprägt sein. Gleichzeitig müssten sich Union und SPD in einer neuen Großen Koalition auf die Zeit nach 2021 vorbereiten. Wir brauchen heute auf der einen Seite Verlässlichkeit und Stabilität im Hinblick auf die Herausforderungen in Europa und gleichzeitig auch eine Diskussion über die politische Ausrichtung und Erneuerung. Das bedeutet eine inhaltliche und personelle Profilierung der CDU, die nach außen das gesamte Spektrum unserer Partei sowie unser Zukunftspotenzial mit starken Köpfen sichtbar macht. Die SPD müsste dieses Mal die Kraft aufbringen stärker darzulegen, welche Themen sie eben gerade nicht mit der Union durchsetzen kann – damit wäre auch für Abgrenzung gesorgt, denn trotz einer konstruktiven Arbeit in der Regierung ist eine differenzierende Debatte möglich. Auch in einer Großen Koalition müssen die Partner ihren jeweiligen Markenkern erhalten und sie stehen weiter miteinander in einem Wettbewerb um die besten Konzepte.

Auch die anderen Parteien könnten hinsichtlich Stabilisierung und Neuausrichtung profitieren. Wir bitten für diesen Weg um Unterstützung!



## Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans sucht Unternehmen

Mit dem Zoran Djindjic Stipendienprogramm unterstützt der Ost-Ausschuss den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Ländern und etabliert ein Netzwerk von jungen Nachwuchskräften für die deutsche Wirtschaft in der Region. Die Stipendiaten integrieren nach Beendigung ihres Praktikums ihre Erfahrungen mit der deutschen Unternehmenskultur in ihren beruflichen Alltag. Das Programm leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Fortbildung junger Menschen, die grenzüberschreitend denken und die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Heimatländer mitgestalten möchten. Damit dieses Potenzial nach der Rückkehr der Stipendiaten in ihre Heimatländer weiter genutzt werden kann, unterstützt der Ost-Ausschuss gemeinsam mit der Zoran Djindjic Stiftung ein Alumni-Netzwerk mit zahlreichen Aktivitäten in den Ländern der Region. Neben beruflichen Weiterbildungsangeboten erfolgt eine Stärkung ihrer interkulturellen Kompetenz und damit einhergehend die Stabilisierung zum Teil fragiler Strukturen in einer wirtschaftspolitisch hochkomplexen Region. Werden auch Sie mit Ihrem Unternehmen Teil einer 15-jährigen Erfolgsgeschichte, bei denen sowohl die Unternehmen als auch junge Menschen vom Westbalkan profitieren, in dem Sie einen Praktikumsplatz zu Verfügung stellen.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.ost-ausschuss.de/stipendienprogramm-de-r-deutschen-wirtschaft-f-r-den-westbalkan>



## Jubiläumskonzert der Handharmonika Freunde Feuerbach

**Stuttgart** – Sehr gerne habe ich beim wunderbaren Jubiläumskonzert zum 80. Geburtstag der Handharmonika Freunde Feuerbach teilgenommen. Ein schönes Wiedersehen mit meinem früheren Orgel- und Keyboardlehrer Walter Krebs (2.v.r). Damals wie heute ein leidenschaftlicher Musiker!

## Dienstreise nach Straßburg

**Straßburg** – Vergangene Legislaturperiode war ich auch für internationale Großforschungsprojekte mit deutscher Beteiligung zuständig. Das hat mich vorvergangene Woche dienstlich nach Straßburg zu einer internationalen Konferenz zum geplanten neuen Teilchenbeschleuniger – dem ILC – geführt. In meinem Grußwort, auf das die französischen Gastgeber und insbesondere die japanische Delegation großen Wert gelegt hatten, habe ich das große Interesse Deutschlands am Fortgang des Projekts unterstrichen. Der ILC – ein Linear Collider – soll im Norden Japans gebaut werden und 30 km lang sein. Die Frage einer deutschen bzw. europäischen Beteiligung hängt maßgeblich von der Einschätzung des CERN ab. Vorbild für den ILC ist der von DESY (Deutsches Elektronen Synchrotron) gebaute European XFEL in Hamburg, der allerdings nur etwa ein Zehntel der Größe des ILC aufweist.



## Zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Neuen Schloss

**Stuttgart** – Sehr gerne habe ich an der zentralen Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zum Volkstrauertag im neuen Schloss teilgenommen. Besonders erfreulich war die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, etwa vom Pestalozzi-Gymnasium in Biberach und den Musikerinnen und Musikern des Albert-Einstein-Gymnasiums Böblingen. Das ist eine wichtige Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft. Herzlichen Dank!



## Grußwort beim WIZO-Basar

**Stuttgart** – Sehr gerne habe ich auch in diesem Jahr mit einem Grußwort zum traditionellen WIZO Basar der Israelischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) beigetragen. Der Erlös des Basars geht an das Theodor-Heuss-Familien-therapiezentrum in Herzliah (Israel). Neben meinem Dank für die vielen Ehrenamtlichen habe ich meine Verbundenheit mit der IRGW und der Jüdischen Gemeinde hier in Stuttgart und Umgebung zum Ausdruck gebracht.



## Landesfachausschuss Medien und Medienpolitik mit Landtagskollege Raimund Haser

**Stuttgart** – Vergangene Woche fand eine weitere Sitzung des von mir geleiteten Landesfachausschusses Medien und Medienpolitik der CDU Baden-Württemberg statt. Auf Basis eines Berichts von MdL-Kollege Raimund Haser haben wir über die medienpolitische Agenda der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg gesprochen. In den nächsten Monaten wollen wir uns schwerpunktmäßig mit der Situation und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschäftigen - auch und gerade im digitalen Umfeld.



## Besuch des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung

**Stuttgart** – Kürzlich habe ich den Bereich Kognitive Robotik am Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) besucht. Eines der Themen, an denen sich die Zukunft des Industriestandorts entscheidet. Dabei geht es nicht nur um Servicerobotik (wie im Bild), sondern vor allem um Industrierobotik und künstliche Intelligenz.



## Erstklassiges Turnen beim MTV Stuttgart

**Stuttgart** – Schade, dass es bei meinem Besuch nicht für einen Sieg des MTV Stuttgart gegen die Turn-Talentschule TG-Saar Dillingen in der Bundesliga gereicht hat. Aber unsere Jungs sind leider derzeit etwas vom Verletzungspech verfolgt. So standen dem MTV im Wettkampf nur 4 Turner zur Verfügung; jeder von ihnen musste daher einen Sechskampf liefern. Respekt!